

Hamburg, 15.06.2011

Hamburgs Hochschulen stärken

Hamburgs Hochschulen sind seit langem unterfinanziert. Im Ländervergleich liegt Hamburg bei den Aufwendungen für die Hochschulen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt auf Platz 15. Allein um diesen sehr bescheidenen Standard zu erhalten, sind jährlich wachsende Zuweisungen notwendig, um Inflation und Tarifsteigerungen zu kompensieren. Globale Minderausgaben belasten die Entwicklungsperspektiven der Hochschulen zusätzlich.

Die Hochschulen sind in der Wissensgesellschaft die Triebfeder für technische und gesellschaftliche Innovationen. Sie sind die Labore für die Welt von morgen. Hier werden die Nachwuchskräfte ausgebildet, die unsere Wirtschaft dringend braucht. Wer die Entwicklung der Hochschulen behindert, legt Hand an die Zukunft unserer Gesellschaft.

Um Hamburg als Wissenschaftsstandort eine Entwicklungsperspektive zu eröffnen sind massive Investitionen in Wissenschaft und Forschung in dieser Legislaturperiode notwendig:

1. Globale Minderausgabe streichen

Im Haushaltsplanentwurf ist für die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF) eine globale Minderausgabe in Höhe von 7.534 Tsd. Euro für 2011 sowie 12.819 Tsd. Euro für 2012 vorgesehen. Im Gegensatz zu schwarz-grün erhöht die SPD die globale Minderausgabe ab 2012 und schreibt diese, ebenfalls im Gegensatz zum Vorgängersensat, auch fort. D. h. im Wissenschaftsetat werden künftig jährlich fast 13 Mio. eingespart. Der Etat der Wissenschaftsbehörde ist aber fast vollständig durch die Hochschulbudgets, die Bund-Länder-Vereinbarungen zur Forschungsförderung und gesetzlichen Vorschriften (z.B. BaföG) festgelegt. Globale Minderausgaben würden zwangsläufig die Hochschulen treffen.

Bis 2015 kürzt damit der SPD-Senat den Wissenschaftsetat im Gegensatz zu schwarz-grün um knapp **52 Mio. Euro**.

2. Weiterfinanzierung des Paktes für Exzellenz und Wachstum

Im Pakt für „Exzellenz und Wachstum“ wurden den Hochschulen die vorhandene finanzielle Ausstattung zugesichert sowie ein Inflationsausgleich bei der Fortschreibung der Zuweisungen der Freien und Hansestadt Hamburg. Mehrbedarfe, die aus Tarif- und Besoldungserhöhungen resultieren, werden aus zusätzlichen staatlichen Mitteln gedeckt. Dieser Pakt galt für den Zeitraum 2006 bis 2011.

Aus Sicht der GAL ist eine Fortsetzung des Paktes für „Exzellenz und Wachstum“ über 2011 hinaus dringend geboten, um die Hochschulen von realen Kürzungen bei den Zuweisungen zu verschonen. Bei einer geschätzten Tarif- und Inflationssteigerung von 2 Prozent entsteht ein Mehrbedarf von 2011 bis 2015 in Höhe von rund **44 Mio. Euro**. Durch den Beschluss des SPD-Senats, diesen Pakt nicht fortzuführen, wird den Hochschulen dieses Geld vorenthalten.

Sollte die globale Minderausgabe nicht gestrichen werden und der Pakt für Exzellenz und Wachstum nicht fortgeschrieben werden, entgehen den Hochschulen mind. **96 Mio. Euro** bis zum Jahr 2015. Dies wäre verbunden mit erheblichen Einschnitten an den Hochschulen. Die Universität rechnet mit einem Abbau von rund 400 Stellen, das sind rund 13 Prozent aller Arbeitsplätze an der Uni (Stellenzahl 3.138). Auch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW) rechnet mit dem Abbau zwischen 113 und 283 Stellen (je nach dem, ob Professorenstellen oder Stellen im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter gestrichen werden).

Mit dem Abbau von Personal geht auch ein Abbau an Studienplätzen einher. Wenn man die Kosten, für einen Studienplatz zu Grunde legt, die auch die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) für ihre Berechnungen heranzieht, würde Hamburg bei der Umsetzung der Sparvorgaben des SPD-Senats rund 1.800 Studienplätze verlieren.

3. Hamburg braucht aber nicht weniger sondern mehr Studierende:

3.1. Schaffung und Ausfinanzierung zusätzlicher Studienplätze

Neben den zusätzlichen Studienplätzen, die für die doppelten Abiturjahrgänge bereitgestellt wurden bzw. werden, ist nach einer Prognose der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz auf Grund der Aussetzung von Wehr- und Zivildienst in Hamburg mit ca. 1.800 zusätzlichen Studienanfängerinnen und –anfängern im Zeitraum von 2011 bis 2015 zu rechnen. Die Kosten für die zusätzlichen Studienplätze teilen sich Bund und Länder. Bund und Länder gehen von durchschnittlichen Kosten in Höhe von jeweils 6.500 Euro pro Studienplatz und Jahr aus. Bis 2015 sind durch Hamburg für diese zusätzlichen Studienplätze voraussichtlich **21 Mio. Euro** bereitzustellen.

Sollte Hamburg diese Mittel nicht bereitstellen, entfällt der Anspruch auf die Bundesmittel in gleicher Höhe.

3.2. Schaffung von ausreichenden Plätze für Masterstudiengänge in allen Fachrichtungen

Noch immer ist die Zahl der Masterstudienplätze zu gering. Ziel sollte es sein, dass jedem Bachelorabsolventen bzw. jeder Bachelorabsolventin ein Masterplatz angeboten werden kann – und das an allen Fachrichtungen an den Hamburger Hochschulen. Dazu sind in einem ersten Schritt rund 1.000 zusätzliche Masterstudienplätze notwendig. Die Kosten hierfür variieren in einer Größenordnung von 10.000 bis 25.000 Euro pro Masterplatz und Ausbildungsjahr. Daraus ergibt sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von 17,5 Mio. Euro bzw. von 2011 bis 2015 in Höhe von insgesamt rund **87,5 Mio Euro**

4. Finanzierung von Grundlagenforschung

Die in der letzten Legislatur gegründete Forschungs- und Wissenschaftsstiftung wurde äußerst wohlwollenden von der Wissenschaftslandschaft aufgenommen. Die Wissenschaftsstiftung fördert Grundlagenforschung und ist mit 11 Mio. Euro jährlich ausgestattet. Der SPD-Senat möchte die Stiftung auflösen. Dies würde einen herben Rückschlag für den Wissenschaftsstandort Hamburg und einen Vertrauensverlust in die Wissenschaftspolitik der Hansestadt bedeuten.

Bis 2015 hatte Schwarz-Grün 59 Mio. Euro für die Grundlagenforschung haushalterisch festgeschrieben (2011 – 2014 jeweils 11 Mio. Euro, ab 2015 15 Mio. Euro). Diese Summe muss auch künftig der Grundlagenforschung in Hamburg zur Verfügung stehen.

Schon lange in der wissenschaftspolitischen Diskussion sind die von uns unterstützte Abschaffung der Studiengebühren, die aus dem Haushalt voll kompensiert werden muss, sowie die Finanzierung der notwendigen Baumaßnahmen an der Universität.

5. Volle Kompensation von Studiengebühren

Die Abschaffung der Studiengebühren wird von der GAL unterstützt – aber nur unter der Maßgabe, dass eine volle Kompensation erfolgt und keine Verschlechterung der Studienbedingungen mit der Abschaffung einher geht. Die SPD bleibt bisher jede verlässliche Finanzierungszusage für die Kompensationszahlungen schuldig. Derzeit sieht es eher so aus, dass die Kompensation der Abschaffung der Studiengebühren einher geht mit dem durch die Kürzungen sich zwangsläufig ergebenden Abbau von Studienplätzen. Das ist keine soziale Politik.

Den Hochschulen muss auch die volle Summe vom ursprünglichen Ausgangsbetrag der Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Student und Semester erstattet werden. Die Reduzierung aus 2008 wurde kompensiert. Dies gilt es fortzuschreiben.

Im Jahr 2010 nahmen die Hochschulen aus Studiengebühren und den bereitgestellten Kompensationsmittel für die Reduzierung aus 2008 insgesamt 36.716.128,00 € ein. Mit dieser Größenordnung ist auch in den Folgejahren zu rechnen. Die Studiengebühren sollen zum Wintersemester 2012 abgeschafft

werden. Bis 2015 wäre damit eine Kompensation aus staatlichen Mitteln in Höhe von insgesamt **117 Mio. Euro** notwendig.

Die Umsetzung ist so zu gestalten, dass die Zuwendungen an die Hochschulen nicht kapazitätsrelevant werden und damit dem Ziel der Verbesserung der Lehre auch weiterhin zu Gute kommen.

6. Hochschulbau

Allein um die dringend notwendige bauliche Modernisierung der Universität zu finanzieren, sind jährliche Aufwendungen in Höhe von rund 100 Mio. Euro über rund 10 Jahre notwendig. Wie diese Investitionssumme finanziert wird, ist derzeit noch nicht offiziell bekannt. Die SPD hatte in der letzten Legislatur noch vehement die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulbau abgelehnt. Wichtig ist uns vor allem die entsprechende Absicherung der für die bauliche Modernisierung der Universität notwendigen Mittel.

Im Haushaltsplanentwurf 2011/2012 sind hierfür bisher keine Mittel eingestellt. Mehrbedarf bis 2015: **Zwischen 400 und 500 Mio. Euro.**

Dies zeigt: In den nächsten Jahren sind massive Investitionen in den Wissenschaftsstandort Hamburg notwendig. Wer den Hochschulen eine Zukunftsperspektive bieten möchte, darf keine Kahlschlagspolitik betreiben. Wissenschaft und Forschung in Hamburg brauchen mehr Geld – nicht weniger. Es ist gut angelegtes Geld – Geld, das in die Zukunft unserer Stadt investiert wird.

Dr. Eva Gümbel
wissenschaftspolitische Sprecherin
der GAL-Bürgerschaftsfraktion